

Ungarn: Orban forever?

Die Parlamentswahl konnte Orban für sich entscheiden. Die neue Regierung muss sich mit der hohen Inflation, Wachstumseinbußen, dem Krieg im Nachbarland und der EU auseinandersetzen.



Marion Dezentner
Europäische Union
Tel. 069/91 32-28 41

Am 3. April hat Ungarn ein neues Parlament gewählt. Zum vierten Mal in Folge erreichte Ministerpräsident Orban mit seiner Partei Fidesz und der KDNP die Zweidrittelmehrheit. Dass die Briefwahlstimmen aus dem Ausland, die erst am kommenden Wochenende ausgezählt werden, daran etwas ändern, ist nicht zu erwarten. Zusammen mit der Regierungszeit 1998-2002 bedeutet dies eine fünfte Amtszeit für den Ministerpräsidenten. Die Strategie der Opposition, die mit Peter Marki-Zay erstmals einen gemeinsamen Kandidaten aufstellte, ging damit nicht auf. Im Vergleich zu den letzten Wahlen 2018 konnte Fidesz-KDNP sogar noch Zugewinne verbuchen und erhielt gut 53 % der Stimmen.

Kritik von der OSZE

Beim Wahlausgang dürfte u.a. die Kontrolle weiter Teile der Medienlandschaft durch die Regierung eine wichtige Rolle gespielt haben. Die OSZE hatte über 200 Wahlbeobachter entsandt. Zu den Kritikpunkten zählten auch die ungleichen Informationsmöglichkeiten der Wähler. Die Wahlbeteiligung wird aktuell auf gut 70 % geschätzt, etwas höher als bei der letzten Parlamentswahl 2018. Offenbar setzt die Bevölkerung auf Kontinuität. Der Wohlstand hat in den letzten Jahren zugelegt, wenngleich mittlerweile – gemessen am EU-Durchschnitt – der Nachbar Polen beim Pro-Kopf-BIP an Ungarn vorbeigezogen ist.

Extrazahlungen für Rentner, der Erlass der Einkommensteuer 2021 für Familien bis zur Höhe des Durchschnittslohns, die Senkung der Sozialabgaben für Unternehmen, die Streichung der Einkommensteuer für maximal durchschnittlich verdienende unter 25-Jährige und weitere Wohltaten haben wohl so manchen Wähler günstig gestimmt, schlugen aber beim Budget zu Buche. Der Fehlbetrag dürfte daher auch 2022 über 6 % des BIP liegen, die Verschuldung voraussichtlich bei knapp 80 %. Allerdings geht es vielen EU-Ländern ähnlich. Die Maastricht-Grenzen für die öffentlichen Haushalte sind derzeit ohnehin ausgesetzt.

Flüchtlinge diesmal willkommen

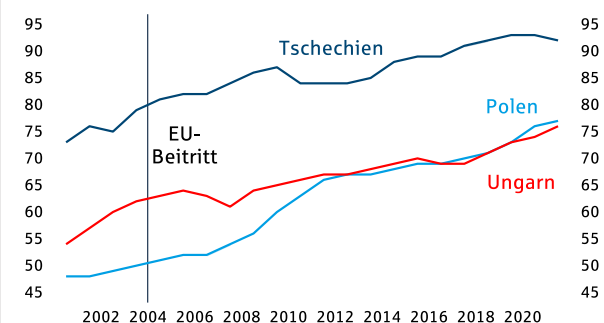
Die OECD veranschlagte 2015 je Flüchtling im ersten Jahr Ausgaben von rund 10 Tsd. Euro. Im Ukraine-Krieg zeigt sich Ungarn wesentlich entgegenkommender als damals. Bis Anfang April wurden rund 400.000 Menschen aufgenommen. Damit steht Ungarn an vierter Stelle hinter Polen, Rumänien und Moldawien. Bezogen auf die Einwohnerzahl liegt Moldawien vorne mit rund 15 %.

		2020	2021	2022p	2023p
BIP, real*	% gg. Vj.	-4,9	7,1	3,2	3,2
Inflationsrate	% gg. Vj.	3,3	5,1	9,0	5,4
Arbeitslosenquote	%	4,2	4,1	3,9	3,7
Budgetsaldo	% des BIP	-8,0	-7,5	-6,3	-4,3

*kalenderbereinigt; Quellen: Macrobond, Eurostat, Helaba Research & Advisory

Wohlstand hat zugenommen

BIP pro Kopf in Kaufkraftparitäten, EU = 100



Quellen: Macrobond, Helaba Research & Advisory

Ungarn (4 %) kommt nach Polen (6,5 %) an dritter Stelle.

Der Sinneswandel ist weniger überraschend, wenn man den Fachkräftemangel am Arbeitsmarkt bedenkt. Die Arbeitslosenquote liegt aktuell bei knapp 4 %. Auch in anderen Ländern trifft das hohe Ausbildungsniveau der Ankommenen auf Interesse, selbst wenn aktuell die humanitäre Hilfe im Vordergrund steht. Wer von den Flüchtenden eine Bleibperspektive sucht, findet daher sicherlich offene Türen. Außerdem bietet sich die für Ungarn eher seltene Gelegenheit, mit der EU an einem Strang zu ziehen. In der Flüchtlingskrise 2015 hatte es hier große Unstimmigkeiten gegeben. Mit Verweis auf die Belastungen durch den Ukraine-Krieg hat Orban Mitte März die Auszahlung der noch blockierten Corona-Hilfsgelder angemahnt.

Russland wichtiger Energielieferant

Eindeutig positionieren will sich der Ministerpräsident im Krieg allerdings nicht – Ungarn stehe auf der Seite Ungarns, so Orban. Waffenlieferungen an die Ukraine über ihr Territorium hat die Regierung untersagt. Ungarn trägt als EU- und NATO-Mitglied die vereinbarten Sanktionen zwar mit, will aber offenbar seine besonderen wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland nicht gefährden.

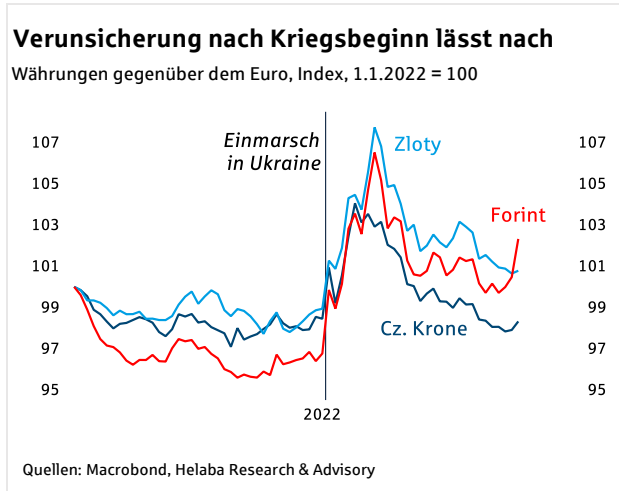
Diese betreffen v.a. den Handel mit Energie und Rohstoffen. Während 2021 nur rund 1 ½ % der ungarischen Exporte nach Russland gingen, ist die Energieabhängigkeit mangels eigener Rohstoff-Vorkommen hoch: Bei Gas und Öl, mit einem Anteil von insgesamt zwei Dritteln die wichtigsten Energiequellen in Ungarn, liegt Russland bei den Importländern auf Platz 1, die Gas-Importe kommen praktisch komplett aus Russland. Hier hat Ministerpräsident Orban im vergangenen September einen langfristigen Liefervertrag mit Russland abgeschlossen, der für die nächsten 15 Jahre Energiesicherheit gewährleisten soll. Auch beim Ausbau des Kernkraftwerks in Paks wird Ungarn von Russland maßgeblich unterstützt.

Zu erwähnen ist außerdem die Geschäftstätigkeit ungarischer Banken im Gebiet der Kriegsgegner: Mit insgesamt 5 % des Gesamt-Exposures sind ungarische Banken im EU-Vergleich am stärksten in Russland und der Ukraine engagiert. Die European Banking Authority (EBA) weist dabei vor allem auf die mittelfristigen Risiken hin, die mit dem Engagement in diesen Ländern verbunden sind. Dies sind etwa die sinkende Kreditqualität, höhere Compliance-Kosten aufgrund der Sanktionen sowie Einnahmeausfälle im Assetmanagement.¹

Hohe Inflation trifft auf Wachstumsschwäche

Die Inflation ist im Laufe des letzten Jahres deutlich gestiegen und erreichte zuletzt Werte um 8 %. Als Preistreiber erweisen sich v.a. Transportkosten und Haushaltsenergie. Außerdem wurde der monatliche Mindestlohn zum 1. Januar um fast 20 % auf 200 Tsd. Forint (542 Euro) erhöht. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Teuerung 9 % erreichen. Bei längerer Dauer des Kriegs und Gegensanktionen Russlands könnte der Wert noch höher liegen.

Hinzu kommt das Risiko von Zweitrundeneffekten, etwa über Lohnsteigerungen. Außerdem verteuert der v.a. zu Kriegsbeginn schwache Euro-Forint-Kurs die Importe. Im Laufe des Jahres könnte sich der Markt in Abhängigkeit von der Entwicklung in der Ukraine etwas beruhigen. Eine Belastung bleiben allerdings die angedrohten Mittelkürzungen seitens der EU. Die Marke von 360 Forint je Euro wird nicht vor einer Beendigung des Ukraine-Kriegs mit entsprechend niedrigeren Energiepreisen und dem absehbaren Ende der Lieferschwierigkeiten im Automobilsektor in Sichtweite kommen. Zur Bekämpfung der Inflation hatte die Regierung bereits im November die Benzinpreise gedeckelt und im Februar die Preise für einige Grundnahrungsmittel auf dem Stand vom vergangenen Oktober eingefroren, zu Lasten der Tankstellen- und Ladeninhaber. Auch die Steuer auf Kraftstoffe wurde gesenkt. Mittlerweile wurden Regelungen an den Tankstellen eingeführt, die den Tanktourismus und Panikkäufe verhindern sollen.

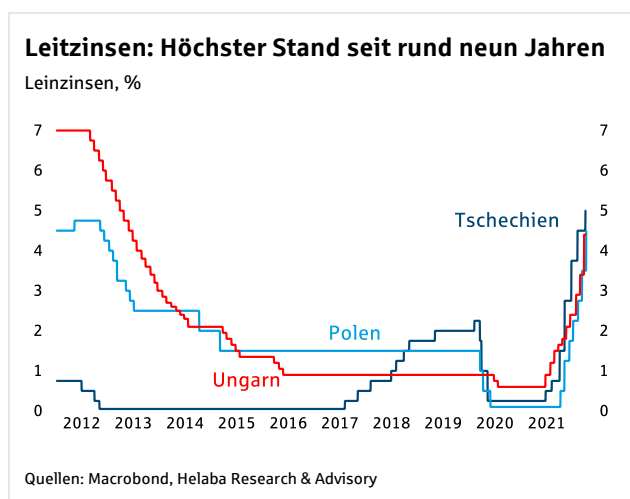


¹ Siehe [EBA Dashboard - Q4 2021 for publication.pdf \(europa.eu\)](#)

Gleichzeitig haben sich die Wachstumsaussichten stark eingetrübt. Von Lieferschwierigkeiten bei Kabelbäumen etwa, die seit Ausbruch des Kriegs zum bestehenden Chipmangel hinzukommen, sind auch Produktionsstätten von Automobilherstellern in Ungarn betroffen. Die hohen Preise wiederum werden im Laufe des Jahres beim privaten Verbrauch Spuren hinterlassen, nachdem noch zu Jahresanfang die expansive Fiskalpolitik stützte. Die zusätzliche Nachfrage durch die Aufnahme der Flüchtlinge wird dies nicht dauerhaft ausgleichen können. Das BIP-Wachstum wird daher mit voraussichtlich gut 3 % schwächer ausfallen, als sich noch vor einigen Wochen abzeichnete.

Notenbank im Dilemma

Für Notenbanken ist dies eine äußerst knifflige Situation. Auch die ungarische Notenbank (MNB) führt in ihrem Mission-Statement die Sicherung der Preisstabilität als Hauptziel an, außerdem hat sie die Aufgabe, einen nachhaltigen Beitrag zum Wirtschaftswachstum zu leisten. Angesichts der stark gestiegenen Inflationsraten hat sie im Juni 2021 einen Kurswechsel vollzogen und seither den Leitzins von 0,6 % um insgesamt fast 400 Basispunkte angehoben. Beim aktuellen Stand von 4,4 % dürfte der Zenit noch nicht erreicht sein. Darüber hinaus nutzt die MNB den einwöchigen Einlagensatz für die geldpolitische Steuerung zwischen den Leitzins-Sitzungen. Die Straffung der Geldpolitik stärkt auch den Forint, der andernfalls gegenüber dem Euro deutlicher an Wert verloren hätte.



Nach der Wahl weitere Spannungen mit der EU

Dass Orban aus der Wahl gestärkt hervorgeht, dürfte die Beziehungen zur EU nicht vereinfachen. Am Wahlabend triumphierte er, sein Sieg sei sogar vom Mond aus zu sehen, ganz sicher aber von Brüssel aus. Die Liste der Konflikte mit der EU ist lang. Vor allem kritisiert Brüssel die mangelnde Rechtsstaatlichkeit. Ungarn hat u.a. die Kompetenzen des Verfassungsgerichts und die Pressefreiheit eingeschränkt. Im Korruptionswahrnehmungsindex ist das Land deutlich abgerutscht, von Rang 53 zu Beginn von Orbans Dauerregentschaft auf aktuell Rang 73 (von 180). Während der Corona-Pandemie wurde zeitweise der Ausnahmezustand verhängt, der Ministerpräsident regierte per Dekret.

Im Zuge des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 hat die EU die Möglichkeit geschaffen, die Auszahlung von EU-Mitteln an die Rechtsstaatlichkeit eines Mitgliedslandes zu knüpfen – eine Regelung, deren Rechtmäßigkeit der EuGH im Februar bestätigte. Die Wirkung des Instruments ist allerdings aufgrund von Protest aus Ungarn und Polen auf Fälle beschränkt, in denen durch Rechtsstaatsmängel die ordnungsgemäße Verwendung von EU-Haushaltsmitteln beeinträchtigt ist. Die EU-Kommission wurde deswegen vom Parlament bereits auf Untätigkeit verklagt.

Nach der Wahl benötigte die sogenannte „Hüterin der Verträge“ allerdings nur zwei Tage, um das neu geschaffene Instrument in Gang zu bringen und Ungarn eine entsprechende Ankündigung zu senden. Kommissionspräsidentin von der Leyen nannte Korruption als Problem. Der Euro-Forint-Kurs gab daraufhin nach. Bevor der Rechtsstaatsmechanismus greifen kann, hat Ungarn aber noch die Möglichkeit zur Stellungnahme. Außerdem kann die Entscheidung zur Mittelkürzung nur mit qualifizierter Mehrheit der Mitgliedstaaten gefällt werden, d.h. mindestens 15 EU-Staaten mit 65 % der Bevölkerung müssen zustimmen. Bis zum tatsächlichen Entzug von Haushaltsmitteln wird es daher zumindest noch einige Monate dauern.



Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:

<https://news.helaba.de/research/>

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research & Advisory

Redaktion:

Dr. Stefan Mitropoulos

Verantwortlich:

Dr. Gertrud R. Traud

Chefvolkswirtin /

Head of Research & Advisory

Neue Mainzer Str. 52-58

60311 Frankfurt am Main

Tel. 069/91 32-20 24

Internet: <http://www.helaba.de>

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.